

Pressemitteilung

Frankreich führt gesetzliche Frauenquote für Unternehmensführung ein

- FidAR-Präsidentin: „Norwegen war das Signal, Frankreich ist der Durchbruch für mehr Gleichberechtigung in Führungspositionen der Wirtschaft – und wo bleibt Deutschland?“

Berlin/Paris, 14.01.2010: Die Pariser Nationalversammlung hat am Donnerstagabend die Einführung einer verbindlichen Frauenquote in den Kontrollgremien französischer Unternehmen verabschiedet. Der Anteil von Frauen in den Verwaltungsräten börsennotierter Gesellschaften und Unternehmen mit mehr als 500 Mitarbeitern und mehr als 50 Mio. Euro Umsatz muss in drei Jahren 20, in sechs Jahren 40 Prozent betragen. Frankreich folgt damit dem Beispiel Norwegens, wo seit 2006 eine Frauenquote in Aufsichtsräten von 40 Prozent gilt. Französische Unternehmen, die bisher keine Frauen in ihren Verwaltungsräten haben, müssen innerhalb einer Frist von sechs Monaten nach Inkrafttreten des Gesetzes mindestens eine Frau berufen. Nominierungen für den Verwaltungsrat sind zukünftig nichtig, wenn sie gegen die Quotenregelung verstoßen. Die Nichtigkeit erstreckt sich jedoch nicht wie ursprünglich vorgesehen auf die Beschlüsse eines quotenwidrig zusammengesetzten Rats.

„Die Einführung einer Frauenquote in Norwegen war das Signal, die Entwicklung in Frankreich ist der Durchbruch für mehr Gleichberechtigung in der europäischen Wirtschaft“, erklärt Monika Schulz-Strelow, Präsidentin der Initiative FidAR – Frauen in die Aufsichtsräte. „Jetzt beginnt dank Frankreich das Jahrzehnt der Frauen in der Wirtschaft. Dies ist eine echte Revolution für die Gleichberechtigung.“ Auch in Frankreich sei lange verhandelt worden. „Aber nun wurde mit großer parlamentarischer Mehrheit ein sehr gutes Gesetz verabschiedet. Die Bundesregierung sollte sich diese Entwicklung zum Vorbild nehmen und ebenfalls verbindliche Maßnahmen zur Erhöhung des Anteils von Frauen in Führungspositionen der Wirtschaft beschließen“, so die FidAR-Präsidentin.

Die Gesetzesinitiative des Fraktionsvorsitzenden der Regierungspartei von Präsident Nicolas Sarkozy "Union für eine Volksbewegung" (UMP), Jean-François Copé, und der UMP-Abgeordneten Marie-Jo Zimmermann basiert auf Untersuchungen, nach denen in Frankreich lediglich 8 Prozent Frauen in Verwaltungsräten der 500 größten Unternehmen vertreten sind. Die Verwaltungsräte (conseil d'administration) sind ein einheitliches Gremium, in denen Vorstand und Aufsichtsrat eine gemeinsame Unternehmensführung bilden. Deutschland liegt hier statistisch mit einer Quote von ca. 12 Prozent Frauen in Aufsichtsräten zwar noch vor Frankreich, zieht man die Arbeitnehmervertreterinnen ab, bildet Deutschland mit 3 Prozent jedoch eines der europäischen Schlusslichter.

„Deutschland und Frankreich bilden den Motor der europäischen Entwicklung. Frankreich ist Deutschlands wichtigster wirtschaftlicher Partner. Auch im Bereich der Gleichberechtigung sollten Deutschland und Frankreich Hand in Hand gehen und gemeinsam eine Führungsrolle übernehmen“, betont Schulz-Strelow. „Dabei setzen wir auch in Deutschland auf konkrete gesetzliche Maßnahmen, die über eine Selbstverpflichtung der Wirtschaft hinausgehen. Wir setzen uns mit Nachdruck für eine kurzfristig zu erreichende, verbindliche Quote von mindestens 25 Prozent Frauen in den Aufsichtsräten ein.“

In der gesamten Europäischen Union findet derzeit ein Wettlauf um die geeignetsten Maßnahmen zur Erhöhung des Frauenanteils im Spitzenmanagement statt. Erst im September 2010 hatte die Europäische Kommission eine umfassende Strategie zur Gleichberechtigung von Frauen und Männern verabschiedet. Zentrales Ziel der unter der Federführung von Justizkommissarin Viviane Reding

**FidAR**

Frauen in die Aufsichtsräte e.V.

entwickelten Vereinbarung ist die bessere Nutzung der Potenziale von Frauen im Arbeitsmarkt und ein höherer Anteil von Frauen in Führungspositionen der Wirtschaft. Die Kommissarin schließt angesichts der fehlenden Fortschritte in diesem Bereich eine Frauenquote auf europäischer Ebene nicht mehr aus.

Neben Frankreich haben unter anderem auch Belgien, die Niederlande, Österreich und Schweden Maßnahmen angekündigt, um mehr Frauen in Aufsichtsräte und Vorstände der privaten und öffentlichen Unternehmen zu bringen. Bereits vor einigen Jahren ist Norwegen mit einer gesetzlichen Regelung zur Einführung einer Mindestquote von 40 Prozent Frauen in den Aufsichtsräten voraus gegangen. Die Quote ist mittlerweile erfüllt und das seit 2006 in Kraft befindliche Gesetz wird von der Regierung wie auch der Wirtschaft als Erfolg bewertet.

Ihre Ansprechpartnerinnen

FidAR – Frauen in die Aufsichtsräte e. V.

Monika Schulz-Strelow, Präsidentin

Tel.: +49 (30) 26 30 87 37, E-Mail: Monika.Schulz-Strelow@fidar.de

Jutta von Falkenhausen, Vizepräsidentin

Tel.: +49 (30) 88 71 44 70, E-Mail: jutta.vonfalkenhausen@fidar.de

Fotos der Ansprechpartnerinnen erhalten Sie in der Pressestelle.

Pressekontakt:

Matthias Struwe | Eye Communications | Agentur für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Tel.: +49 (7 61) 137 62-21, E-Mail: m.struwe@eyecommunications.de

Über FidAR:

FidAR – Frauen in die Aufsichtsräte e.V. ist eine überparteiliche und überregionale Initiative, die im Herbst 2005 von Frauen in Führungsposition in Wirtschaft, Wissenschaft und Politik ins Leben gerufen wurde. FidAR strebt eine nachhaltige Erhöhung des Frauenanteils in den Aufsichtsräten deutscher Unternehmen und die Verbesserung der Unternehmenskontrolle an. Ziel der Initiative ist die paritätische Besetzung aller Führungspositionen in der deutschen Wirtschaft. FidAR verfolgt diese Ziele im engen Austausch mit Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und in Kooperation mit den relevanten Wirtschafts- und Frauenverbänden. Mehr Informationen zu FidAR im Internet unter www.fidar.de.